

Goebel, Simon

Identitätspolitik und Soziale Arbeit in einer postmigrantischen Gesellschaft. Möglichkeiten und Grenzen eines aktuellen Verhältnisses

Soziale Passagen 17 (2025) 2, S. 633-648



Quellenangabe/ Reference:

Goebel, Simon: Identitätspolitik und Soziale Arbeit in einer postmigrantischen Gesellschaft.
Möglichkeiten und Grenzen eines aktuellen Verhältnisses - In: Soziale Passagen 17 (2025) 2, S.
633-648 - URN: urn:nbn:de:01111-pedocs-355954 - DOI: 10.25656/01:35595;
10.1007/s12592-025-00565-4

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:01111-pedocs-355954>

<https://doi.org/10.25656/01:35595>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<https://info.oe-deepgreen.de>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz:
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk
bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
sowie Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes
anfertigen, solange Sie den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm
festgelegten Weise nennen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die
Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License:
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en> - You may copy, distribute
and render this document accessible, make adaptations of this work or its
contents accessible to the public as long as you attribute the work in the
manner specified by the author or licensor.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of
use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der



Identitätspolitik und Soziale Arbeit in einer postmigrantischen Gesellschaft

Möglichkeiten und Grenzen eines aktuellen Verhältnisses

Simon Goebel

Eingegangen: 2. Mai 2025 / Angenommen: 27. Oktober 2025 / Online publiziert: 25. November 2025
© The Author(s) 2025

Zusammenfassung Soziale Arbeit unterstützt Menschen individuell, um Ungleichheitsverhältnisse auszugleichen und arbeitet ebenfalls auf einer strukturellen Ebene gegen Ungleichheitsverhältnisse. Diese Anliegen sind identisch mit den Anliegen vieler sozialer, identitätspolitisch agierender Bewegungen – etwa jenen in einer postmigrantischen Gesellschaft – die gegen Rassismus und für gleichberechtigte Teilhabe kämpfen. Trotz dieser offensichtlichen Verbindungslinien zwischen Identitätspolitik und Sozialer Arbeit, fehlt bislang eine einschlägige Auseinandersetzung der Sozialen Arbeit mit dem Begriff und Konzept der Identitätspolitik. Der Beitrag versucht diese Lücke zu füllen und diskutiert die ursprüngliche anti-essenzialistische Idee der Identitätspolitik unter Berücksichtigung zentraler Kritiken. Schließlich wird dafür argumentiert, ein emanzipatorisches und reflexives Verständnis von Identitätspolitik für die Soziale Arbeit produktiv zu machen. Ein fundiertes Verständnis von Identitätspolitik kann in der Praxis hilfreich sein und dient nicht zuletzt dem Schutz vor der verbreiteten, vor allem polemisch vorgetragenen anti-identitätspolitischen Agitation.

Schlüsselwörter Essenzialismus · Kritik · Praxis · Soziale Bewegungen · Klasse

✉ Prof. Dr. Simon Goebel
Professur für Soziale Arbeit und Diversität, Fakultät für Angewandte Geistes- und Naturwissenschaften, Technische Hochschule Augsburg, An der Hochschule 1, 86161 Augsburg, Deutschland
E-Mail: simon.goebel@tha.de

Identity politics and social work in a postmigrant society

Potentials and limits of a current relationship

Abstract Social work supports people individually in order to counterbalance inequality and also works against inequality on a structural level. These concerns are identical to those of many social movements active in identity politics—such as those in a postmigrant society—that fight against racism and for equitable participation. Despite these obvious links between identity politics and social work, there has been so far no relevant discussion of the term and concept of identity politics in social work. This article attempts to fill this gap and discusses the original anti-essentialist idea of identity politics, taking into account key critiques. Finally, it argues that an emancipatory and reflexive understanding of identity politics should be made productive for social work. A well-founded understanding of identity politics can be helpful in practice and serves, not least, to protect against the widespread, mainly polemical anti-identity politics agitation.

Keywords Essentialism · Critique · Practice · Social movements · Class

1 Einleitung

„I am never quite sure what people mean when they talk about ‚identity politics.‘ Usually, though, they bring it up to complain about someone else,“ schreibt der Philosoph Kwame Anthony Appiah (2006, S. 15), der sich in mehreren Aufsätzen und Büchern mit Identität und Identitätspolitik beschäftigt hat. Damit bringt er das ganze Dilemma eines politischen Konzepts zum Ausdruck, das erfunden wurde, um Unterdrückungsverhältnisse zu überwinden, inzwischen aber von allen erdenklichen Seiten in erstaunlich aggressiver und polemischer Weise diskreditiert und von einigen verteidigt wird. In dieser erst seit rund zehn bis 15 Jahren in deutschsprachigen Raum vermehrt geführten Auseinandersetzung, die im wissenschaftlichen, im öffentlich-medialen und im politischen Diskurs Aufmerksamkeit findet, begegnen sich nicht nur unterschiedliche Perspektiven auf den Gegenstand Identitätspolitik, sondern auch völlig unterschiedliche Verständnisse des Gegenstands. Daher ist es angebracht, den Gegenstand der Identitätspolitik zu klären. Diesem Unterfangen haben sich bereits verschiedene Arbeiten in konstruktiver Weise angenommen (etwa Schubert und Schwiertz 2021; Susemichel und Kastner 2021a; Auernheimer 2020). Einige davon haben Bezug zur Sozialen Arbeit (Schneider 2024; Scherr 2021; Rieger 2017; Castro Varela 2010). Betrachten wir Identitätspolitik (an dieser Stelle vorläufig) als Mittel des Kampfes von marginalisierten Gruppen um Gleichberechtigung, hat er einige Bedeutung für die Soziale Arbeit – auch und gerade im Kontext einer postmigrantischen Gesellschaft. Als Profession, die in Solidarität und Verbindung mit sozialen (antirassistischen und postmigrantischen) Bewegungen agiert, ist ein fundiertes Verständnis von Identitätspolitik vor dem Hintergrund der erwähnten öffentlichen, politischen und (populär-)wissenschaftlichen Kritik an Identitätspolitik wertvoll. Denn diese Debatten verunsichern. Sie stellen Praktiker*innen der Sozialen Arbeit womöglich vor die Frage, inwiefern eine Beteiligung an identitätspolitischen

Kämpfen legitim ist. Damit drohen die Debatten Bündnisse und Solidarität zu delegitimieren (Lembke 2021, S. 116).

Der theoretisch angelegte Beitrag diskutiert daher vor dem Hintergrund der Widersprüche in einer postmigrantischen Gesellschaft – nämlich der Gleichzeitigkeit von Rassismus und Antirassismus, von Kämpfen um gleichberechtigte Teilhabe und rechten Ausgrenzungspolitiken – die Bedeutung identitätspolitischer Interventionen. Dazu wird zunächst eine knappe rassismuskritische Betrachtung gegenwärtiger postmigrantischer Verhältnisse (im deutschen Kontext) vorgenommen, in denen identitätspolitische Anliegen bereits früh artikuliert wurden. Darauf folgt eine genauere Betrachtung der ursprünglichen Idee von Identitätspolitik und der gegenwärtigen Kritiken an Identitätspolitik. Es wird gezeigt, dass die Frage, ob Identitätspolitik emanzipatorisch oder schädlich für den Kampf um gleichberechtigte Teilhabe ist, maßgeblich davon abhängt, ob sie essenzialistisch ist. Diese Überlegungen werden im Hinblick auf ihre Bedeutung und Anwendbarkeit in der Sozialen Arbeit reflektiert. Dazu werden die engen Verbindungslinien zwischen Sozialer Arbeit und sozialen, hier insbesondere postmigrantischen und antirassistischen Bewegungen aufgezeigt.

2 Kämpfe um Teilhabe als Ausdruck postmigrantischer Verhältnisse

Eine postmigrantische Gesellschaft wie Deutschland zeichnet sich dadurch aus, dass Migration ein konstitutiver Bestandteil ist. Deutschland ist in politischer, ökonomischer, kultureller und sozialer Hinsicht ohne Migration nicht denkbar. Migration trägt zur Diversifizierung und Transformation von Gesellschaften bei. Gleichzeitig gehört Migration zu den am stärksten umstrittenen gesellschaftspolitischen Themen. Restriktive Asyl- und Migrationspolitiken konterkarieren die Teilhabebemühungen von Millionen Menschen (Foroutan 2021).

Dass trotz der Normalität von Migration und Diversität in der Gesellschaft keine Gleichberechtigung existiert, ist das Resultat historisch gewachsener Ungleichheitsverhältnisse in Verbindung mit gegenwärtigen Versuchen, diese Ungleichheitsverhältnisse aufrechtzuerhalten. Der strukturell verankerte Rassismus dient dabei als Mittel zur Legitimation der Ungleichheit zwischen migrantisierten bzw. rassifizierten¹ Menschen und nichtmigrantisierten bzw. nichtrassifizierten Menschen. Rassismus stellt ein Dominanzverhältnis her, in dem Menschen entlang „natio-ethno-kultureller“ (Mecheril 2003) Zugehörigkeiten differenziert und mit einem unterschiedlichen Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen² ausgestattet werden (El-Mafaalani 2021).

¹ Mit den Begriffen „rassifiziert“ und „migrantisiert“ wird zum Ausdruck gebracht, dass Menschen häufig aufgrund ihres Erscheinungsbildes, ihrer Sprache und ihres Dialektes oder ihres Namens als „fremd“ und „anders“, d. h. als nicht zugehörig markiert werden (*Othering*). *Othering* betrifft auch Menschen, die in Deutschland geboren sind und/oder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. *Othering* beschreibt eine rassistische Praxis, die Menschen entlang bestimmter Zugehörigkeitskategorien als nicht zugehörig markiert.

² Unter gesellschaftlichen Ressourcen sind neben zentralen Bereichen wie dem Zugang zu Bildung, zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt, zu sozialen Sicherungs- und Gesundheitssystemen auch alltägliche Mög-

Diese widersprüchlichen Gleichzeitigkeiten aus Öffnung und Schließung wurden in der Migrationswissenschaft mit dem Begriff „Postmigration“ analytisch fassbar. Naika Foroutan (2021) hat den Begriff maßgeblich elaboriert. Sie bezeichnet die Gesellschaft als postmigrantisch, weil „es [...] nicht mehr darum [geht], ob Deutschland ein Einwanderungsland ist, sondern wie dieses Einwanderungsland gestaltet wird“ (S. 19, Herv. i. O.). Diese Perspektive rückt explizit auch Kämpfe um Teilhabe in den Mittelpunkt (Goeke und Tekin 2025).

Zu den ersten öffentlich wahrgenommenen kollektiven Aktionen migrantisierter Gruppen in der Bundesrepublik gehören die Proteste von Fabrikarbeitern in den 1960er und 1970er-Jahren. Im August 1973 formierte sich in den Kölner Ford-Werken eine von „Gastarbeitern“ maßgeblich getragene Streikbewegung, die nicht nur allgemeine Arbeitsverbesserungen forderte, sondern auch spezifische migrantische Anliegen hatte. Der Urlaub reichte vielen nicht aus, um die Familie im Herkunftsland zu besuchen, da allein die Reisezeit damals Wochen in Anspruch nahm. Nach sieben Tagen wurde die Bewegung durch Diffamierungen und Gewalt gestoppt. Doch sie reiht sich ein in andere Streiks, die als Gesamtbewegung u. a. dazu geführt haben, dass „marginalisierte Gruppen besser in [gewerkschaftliche Strukturen] eingebunden wurden“ (Goeke 2021, S. 207).

In den 1980er-Jahren entwickelte sich eine Schwarze Bewegung gegen den Rassismus und die kolonialen Kontinuitäten in Deutschland sowie gegen das Schweigen über die rassistische Allgegenwärtigkeit (Florvil 2023, S. 99–103). Zur selben Zeit sowie in den 1990er-Jahren führte die rassistische Asylpolitik zu zahlreichen Aktionen und Protesten einer wachsenden Geflüchteten-(Solidaritäts-)Bewegung. 1994 etwa institutionalisierte sich die Kirchenasylbewegung, um in Einzelfällen von Abschiebung bedrohte Menschen zu schützen. Diese von Kirchen getragene Bewegung vernetzte sich – und das war ein Novum – mit linken antirassistischen Akteuren (Müller 2010, S. 170f.). Auch die bis heute für die Zivilgesellschaft enorm wichtigen Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) haben sich seit den 1980er-Jahren zunehmend in den politischen Diskurs eingemischt (El-Mafaalani 2021, S. 120f.). Migrantische Kämpfe um Anerkennung und Gleichberechtigung haben nicht zuletzt entscheidend dazu beigetragen, dass sich Deutschland als Einwanderungsland versteht (Alexopoulou 2020, S. 192, 219).

Postmigrantische und antirassistische Bewegungen, die vor diesem Hintergrund mehr Teilhabe und Gleichberechtigung erreichen wollen, bedienen und bedienen sich häufig identitätspolitischer Mittel. Sie rekurren auf ein Identitätsmerkmal, aufgrund dessen sie marginalisiert werden, und fordern ein Ende der Benachteiligung. Doch trotz ihres emanzipatorischen Anliegens haben „[p]ostmigrantische und antirassistische Formen der Identitätspolitik [...] einen erstaunlich schlechten Ruf“ (Ha 2014, S. 28).

lichkeitsräume gemeint, etwa ob jemand in der Öffentlichkeit bedenkenlos mit dem:der Partner:in Händchen halten oder von der Polizei faire Behandlung erwarten kann.

3 Identitätspolitik unter Beschuss

Dieses Kapitel widmet sich nun tiefergehender der Frage, was Identitätspolitik bedeutet und welche Kritiken daran diskutiert werden.

3.1 Das originäre Konzept von Identitätspolitik

Ausgangspunkt des Konzepts der Identitätspolitik ist ein 1977 erschienenes Statement des *The Combahee River Collective* – einer Gruppe Schwarzer lesbischer Feministinnen (Daub 2023, S. 251). Darin beschreiben sie ihren Weg des Widerstands gegen Unterdrückungsverhältnisse:

„We realize that the only people who care enough about us to work consistently for our liberation is us. Our politics evolve from a healthy love for ourselves, our sisters, and our community which allows us to continue our struggle and work. This focusing upon our own oppression is embodied in the concept of identity politics. We believe that the most profound and potentially the most radical politics come directly out of our own identity, as opposed to working to end somebody else’s oppression.“ (The Combahee River Collective 1979, S. 365)

Identitätspolitik wird demnach als politisches Werkzeug marginalisierter Gruppen verstanden, mit dem sie gegen ihre Unterdrückung bzw. für ihre Befreiung kämpfen können. Grundlage des Kampfes wird also eine kollektive Identität, die auf einer gemeinsamen Diskriminierungserfahrung der Mitglieder der Gruppe basiert. Diese kollektive Identität verweist auf eine bestimmte soziale Position (Schubert und Schwiertz 2021, S. 569; Auernheimer 2020, S. 8). Aus dem Statement geht hervor, dass *The Combahee River Collective* in der (männlich dominierten) Schwarzen Bürgerrechtsbewegung ebenso wie in der (*weiß* dominierten) Frauenbewegung keine passende Repräsentation ihrer Anliegen gefunden hat. Gleichzeitig erklären sie sich solidarisch mit den antirassistischen Anliegen Schwarzer Männer und den antisexistischen Anliegen von *weißen* Frauen (The Combahee River Collective 1979, S. 365).

Die Aktivistinnen sehen in Identitätspolitik die Möglichkeit, die bestehende soziale Ordnung grundlegend zu verändern (Schubert und Schwiertz 2021, S. 569f.). Sie verknüpfen ihr Anliegen mit der Klassenfrage: Sie erklären, dass die durch Kapitalismus bedingten Ausbeutungsverhältnisse ein grundlegendes Gerechtigkeitsproblem darstellen (Kemper und Weinbach 2022, S. 35–46; Schneider 2024, S. 38). Gleichwohl müsse die spezifische Situation Schwarzer Frauen in kapitalistischen Verhältnissen spezifisch analysiert werden (The Combahee River Collective 1979, S. 366). Damit dezentriert *The Combahee River Collective* das ausgebeutete Subjekt, das in marxistischen Bewegungen bis dahin in der Regel der *weiße* Fabrikarbeiter war. Was das Kollektiv damals schon beschrieben hat, wird heute unter dem Begriff „Intersektionalität“ diskutiert: In der Überlagerung von unterschiedlichen Diskriminierungskategorien können blinde Flecken entstehen. Sexismus und Heteronormativität in der Schwarzen Bürgerrechtsbewegung hindert Schwarze lesbische Frauen ebenso am gleichberechtigten Kampf um Gleichberechtigung wie Rassismus und

Paternalismus in der *weißen* Frauenbewegung. Dabei versteht *The Combahee River Collective* die verwendeten Identitätsmarker „Schwarz“, „Frau“ etc. als soziale Konstruktionen und warnt explizit vor einem biologistischen Verständnis: „As black women we find any type of biological determinism a particularly dangerous and reactionary basis upon which to build a politic“ (ebd., S. 367). Insofern ist Identität für das Kollektiv „eine Kategorie für die Analyse (und aktivistische Bekämpfung) von Unterdrückung“ (Daub 2023, S. 251) und keine „Abkapselungsgeste“ (ebd., S. 253).

Es ist zentral für das originäre Verständnis von Identitätspolitik, dass Identitätspolitik keine kollektiven sozialen Identitäten (Klasse, *Race*, Gender etc.) *erfindet*, sondern auf Identitäten, die durch die kapitalistische Moderne hervorgebracht wurden, *reagiert* (Lembke 2021, S. 120; Hall 2016b, S. 69). Identitätspolitik eignet sich diese bereits etablierten kollektiven Identitäten an und rekonfiguriert sie. Marginalisierte Identitäten werden zu einem Mittel der Selbstermächtigung umgedeutet – nicht, um sie festzuschreiben, sondern im Gegenteil: um sie zu überwinden. Ohne einen Ort bzw. eine soziale Position, so Hall, könnten Menschen keine widerständige Politik betreiben. Die Mobilisierung gegen Unterdrückungsverhältnisse benötige also einen identitätspolitischen Ausgangspunkt, da ohne diesen Ausgangspunkt ja keine Artikulation und Repräsentation stattfinden kann (Hall 2016b, S. 78). Marginalisierte Gruppen können die Marginalisierung, die im Hinblick auf ein Identitätsmerkmal erfolgt, nur artikulieren, indem sie das Identitätsmerkmal benennen (Auernheimer 2020, S. 84).

Allerdings ist die Identifikation mit einer marginalisierten Identität kein Automatismus. Dies liegt darin begründet, dass „herrschende Machtverhältnisse (Patriarchat, Rassismus, Kapitalismus etc.) hegemonial, d. h. im Bewusstsein der Menschen unhinterfragt sind“ (Schubert und Schwirtz 2021, S. 575). Identitätspolitische Bewegungen betreiben daher Bewusstseinsbildung bei Betroffenen von Diskriminierung. Georg Auernheimer (2020) erklärt dies mit der Analogie zur Marxschen Unterscheidung einer „Klasse an sich“ und einer „Klasse für sich“. Eine „Klasse an sich“ existiert demnach objektiv aufgrund der kapitalistischen Eigentums- und Ausbeutungsverhältnisse. Dem müssen sich die Arbeiter*innen aber nicht bewusst sein. Im Gegenteil sind sie womöglich mit dem System einverstanden – das Herrschaftsverhältnis ist dann hegemonial. Erst die Arbeiter*innenbewegung fördert das Bewusstsein für die soziale Klassenposition, so dass die Klasse zu einer „Klasse für sich“ wird, also zu einer Gruppe, die sich ihrer selbst bewusst ist und dadurch *für sich* sprechen kann (Auernheimer 2020, S. 89 f.; vgl. auch Schubert und Schwirtz 2021, S. 576 f.). Unterdrückungs- bzw. Ungleichheitsverhältnisse rücken also vielfach erst dann ins Bewusstsein von Menschen, wenn sie darauf aufmerksam gemacht werden – etwa durch soziale Bewegungen.

3.2 Essenzialismus als Feind der Identitätspolitik

Die Warnung vor einem biologistischen Determinismus von Identitätspolitik durch *The Combahee River Collective* muss als entscheidender Bestandteil ihres Konzepts betrachtet werden. Darauf verweisen auch Vertreter*innen der postkolonialen und feministischen Theorie sowie der Cultural Studies, die Identitätspolitik befürworten

und gerade deshalb die Gefahr einer essenzialistischen Identitätspolitik seit Jahrzehnten ausführlich reflektieren. Stuart Hall (2016a) macht deutlich, dass er die Bezugnahme auf ein von Marginalisierung und Unterdrückung betroffenes Identitätsmerkmal (beim ihm „Ethnizität“) als „ein wichtiges Moment für die Geburt und Entwicklung all der lokalen und marginalen Bewegungen, die die letzten zwanzig Jahre verändert haben“ (S. 60) betrachtet. Gleichzeitig warnt er vor „einer Wiederentdeckung der Identität in der Form des Fundamentalismus“ (ebd., S. 61) – also vor einem Essenzialismus.

Essenzialismus gefährdet identitätspolitische Anliegen, worauf zahlreiche Autor*innen, die sich ernsthaft³ mit Identitätspolitik auseinandersetzen, eingehen (u. a. Appiah 2021, S. 54; Schubert und Schwiertz 2021, S. 574; Susemichel und Kastner 2021a, S. 8; Auernheimer 2020, S. 61; Boger 2017, S. 81; Hall 2016b, S. 81 f.). Unter Essenzialismus ist die Reduzierung einer Identität auf einen vermeintlich natürlichen Wesenskern zu verstehen. So werden soziale Positionen, die mit einer bestimmten Identität einhergehen, als unveränderbare Wahrheiten fixiert (Castro Varela 2010, S. 209). Dadurch wird das originäre Anliegen der Identitätspolitik jedoch ad absurdum geführt, da Identitätspolitik darauf ausgerichtet ist, die durch Identitätsdifferenzen hervorgebrachten Unterdrückungsverhältnisse zu überwinden. Macht strukturierende Identitäten sollen also überflüssig werden. Wenn diese Identitäten aber essenzialisiert werden, können sie nicht überwunden werden. Durch Essenzialismus kann Identitätspolitik regressiv, reaktionär und chauvinistisch werden. Sie ist dann nicht mehr als emanzipatorisch zu bezeichnen. Essenzialismus setzt eine Abwertungsspirale in Gang:

„Wir Menschen essenzialisieren [...] eine Gruppe eher, wenn wir negativ über sie denken, und wir denken eher negativ über sie, wenn wir sie essenzialisiert haben. Das ist ein unglückseliger Teufelskreis.“ (Appiah 2021, S. 54)

Aufgrund dieser Gefahr sagte die postkoloniale und feministische Theoretikerin und Verteidigerin von Identitätspolitik Gayatri Chakravorty Spivak, dass ihr Identitätspolitik gleichwohl Angst mache (Susemichel und Kastner 2021a, S. 80). Mit dem Konzept des „strategischen Essenzialismus“ versuchte sie zu zeigen, dass Identitätspolitik vordergründig kollektive Identitäten verteidigen müsse, während sie gleichzeitig kollektive Identitäten als Konstruktionen reflektieren und letztlich ablehnen müsse. Strategischer Essenzialismus ist nach Spivak als notwendiges Übel zu verstehen (ebd.), weil er Gefahr läuft, homogenisierend und exkludierend zu sein. Dem müsse durch ständige Reflexion entgegengewirkt werden (Schubert und Schwiertz 2021, S. 578; Ha 2014, S. 33). Sinnvoller scheint es daher, Identitätspolitik erst gar

³ Eine „ernsthafte“ Auseinandersetzung wird hier von zahlreichen Auseinandersetzungen abgegrenzt, die mit ihrer Kritik an „Identitätspolitik“ eine i. d. R. rechte politische Agenda verfolgen. Entsprechende Literatur wird aufgrund des begrenzten Umfangs des Beitrags nicht zitiert. Auf die Debatten wird aber u. a. von folgenden Autor*innen eingegangen: Daub (2023); Schubert und Schwiertz (2021); Susemichel und Kastner (2021a). Adrian Daub zeigt, dass sich die Kritiker*innen der Identitätspolitik in der Regel erst gar nicht mit Identitätspolitik beschäftigen. Es handele sich um eine „Kritik, die sich den Termini und Gedanken des Kritisierten nicht einmal mit Schutzhandschuhen zu nähern herablässt“ (Daub 2023, S. 250).

nicht als essenzialistisch zu charakterisieren, sondern ganz im Gegenteil als anti-essenzialistisch, d. h. als emanzipatorisch.

3.3 Zur Kritik an Identitätspolitik

Neben der selbstreflexiven Kritik von Akteur*innen, die Identitätspolitik als wichtiges Mittel sozialer Bewegungen im Kampf gegen Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse betrachten, lassen sich mindestens drei weitere Perspektiven identifizieren, aus denen (vehemente) Kritik an Identitätspolitik geübt wird. Die linke, meist marxistisch inspirierte Kritik, scheint darunter die einzige wirklich ernstzunehmende Kritik. Ihr wird daher etwas mehr Platz eingeräumt als der „liberal-bürgerlichen“ und der „rechten“ Kritik.⁴

3.3.1 Linke bzw. marxistische Kritik

Im Zentrum linker bzw. marxistisch argumentierender Kritik an Identitätspolitik steht die Befürchtung, dass durch Identitätspolitik der eigentliche Kern gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse – die soziale Ungleichheit bedingt durch den Kapitalismus – vernachlässigt wird. Identitätspolitik als reine Politik der Anerkennung kultureller Differenz würde kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse nicht antasten und damit die Bedingungen der Unterdrückung reproduzieren. So argumentiert bspw. Albert Scherr, dass identitätspolitische Rassismuskritik die Kritik an sozialen Ungleichheitsverhältnissen überlagere und dadurch die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung stütze (Scherr 2021, S. 354f.).

Eine wichtige Stimme in dieser Diskussion ist die feministische Theoretikerin Nancy Fraser. Fraser problematisiert die im Zuge des aufsteigenden Neoliberalismus entstandene Abkehr feministischer Theorie und feministischer Politik von marxistischen Perspektiven. Stattdessen ständen seither Fragen nach kulturellen Identitäten und kultureller Anerkennung im Zentrum feministischer Anliegen (Fraser 2007, S. 23f.). Identitätspolitik „often recycles dominant gender stereotypes, while promoting separatism and political correctness“ (ebd., S. 30), so Fraser. Andere Differenzierungslinien würden dadurch nicht einbezogen und übersehen (ebd., S. 31). Dazu gehörten insbesondere die von ökonomischer Benachteiligung betroffenen Klassen (Fraser 2022, S. 37). Rechte, die sich Schwarze Menschen oder Frauen* erkämpfen würden, führten im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse lediglich zu neuen Differenzlinien, in denen Ungleichheit reproduziert würde. So könnten dann eben auch Schwarze Menschen und Frauen* zu Privilegierten werden, während ein Großteil der Menschheit weiterhin von Armut und Ausbeutung betroffen sei (Susemichel und Kastner 2021a, S. 22; Auernheimer 2020, S. 54; Rieger 2017, S. 130). Damit würde Identitätspolitik zu einer Komplizin des Kapitalismus, weil sie ihm hilft, den Anschein der Erfüllung von Gerechtigkeitsversprechen und Emanzipationsbestrebungen zu wahren. Insofern „verleihe die identitätspolitische ‚emanzipatorische Fassade‘ [...] der zunehmenden Brutalität der Ausbeutung Legitimität und Stabilität“

⁴ Empirische Einblicke in die sozialen Konfliktarenen um identitätspolitische Anliegen finden sich in Mau et al. (2023, S. 158–204).

(Schubert und Schwiertz 2021, S. 572). Fraser empfiehlt stattdessen, „die Kämpfe der Emanzipation neu mit den solidarischen Kämpfen für sozialen Schutz zu verbinden“ (ebd.; vgl. auch Auernheimer 2020, S. 47): „Claims for redistribution and claims for recognition cannot be insulated from each other.“ (Fraser 2007, S. 32) Identitätspolitik sei demnach nur dann progressiv, wenn sie mit der Forderung nach Umverteilung einhergehe.⁵ Auch Mau et al. (2023) halten die Unterscheidung in Klassen- und Identitätspolitik als „einander kannibalisierende Agenden“ (S. 33). Sie machen deutlich, dass identitätspolitische Anliegen ebenso auf ökonomischen Anliegen basieren, wie umgekehrt „ökonomische Macht- und Verteilungskämpfe nie ohne identitätsstiftende Ideen und kulturelle Symboliken auskommen“ (ebd.). Gerade im Kontext migrantischer Kämpfe um Teilhabe träten die Überschneidungen von Verteilungs- und Anerkennungsfragen sehr deutlich hervor (ebd.). Insofern werden emanzipatorischer Kämpfe geschwächt, wenn identitätspolitische und verteilungspolitische Fragen gegeneinander ausgespielt werden (Schneider 2024, S. 52–54).

So stellt sich nun die Frage, ob die von Fraser kritisierte feministische Bewegung paradigmatisch für alle soziale Bewegungen ist. Verbinden soziale Bewegungen ihre identitätspolitischen Anliegen üblicherweise mit Verteilungskämpfen oder nicht? Verschiedene Autor*innen verweisen auf emanzipatorisch-identitätspolitische Kämpfe, in denen deutlich werde, dass „Geschlecht und Rasse zusammen mit der Klassenzugehörigkeit ‚zentrale Strukturmerkmale‘ der kapitalistischen Produktion und Reproduktion bilden“ (Auernheimer 2020, S. 60; vgl. auch Schubert und Schwiertz 2021, S. 573; Susemichel und Kastner 2021a, S. 23). Diese bereits von *The Combahee River Collective* (1979) betonte Überschneidung von Ungleichheitsverhältnissen (Intersektionalität) ist laut Auernheimer (2020, S. 61) ebenfalls in gegenwärtigen identitätspolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland absolut relevant, schließlich seien es gerade (wenngleich nicht ausschließlich) von Rassismus und Sexismus betroffene Menschen, die in wirtschafts- und sozialpolitischen Sektoren strukturell benachteiligt und damit auch von sozialer Ungleichheit betroffen sind. Susemichel und Kastner schreiben:

„Sieht man sich diese [neuen sozialen Bewegungen (Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus, LGBTQ), SG] genauer an, fällt vielmehr gerade der gleichzeitige Kampf gegen kulturelle Diskriminierung und soziale Ungleichheit ins Auge. [...] [S]elbstverständlich können auch (ethnische, sexuelle, geschlechterpolitische) Identitätspolitiken kapitalismuskritisch und klassenkämpferisch sein.“ (Susemichel und Kastner 2021a, S. 23 f.)

Dagegen geht Scherr eher davon aus, dass Identitätspolitik *immer* essenzialistisch ist (Scherr 2021, S. 355–358). Er behauptet, dass „ein reflexives Verständnis komplexer, in sich ambivalenter Identitäten wenig für einen identitätspolitischen Aktivismus geeignet ist“ (ebd., S. 360) und daher in der identitätspolitischen Praxis quasi nicht

⁵ Jedoch kritisieren Schubert und Schwiertz (2021), dass Fraser der Identitätspolitik „keine normative Eigenwertigkeit“ (S. 573) beimisst. Dadurch droht die psychosoziale und politische Bedeutung emanzipatorischer Kämpfe für von Diskriminierung betroffene Menschen verkannt zu werden. Identitätspolitische Erfolge, also mehr Teilhaberechte, würden von Fraser „vollständig abgewertet [...], weil sie nicht zur sozialistischen Transformation beitragen“ (ebd.).

vorkomme. Er geht also davon aus, dass eine erhöhte konzeptionelle Komplexität der Mobilisierungskraft von Bewegungen abträglich sei. Eine Begründung und empirische Belege bleibt er aber schuldig.

Insofern stellt sich die Frage, wie es denn nun tatsächlich, also empirisch, um essenzialistische Identitätspolitik, die Verteilungskämpfe ignoriert, steht. Dazu gibt es leider bislang im deutschsprachigen Raum keine Forschung. Was es dagegen gibt, ist eine instruktive Studie von Adrian Daub (2023) zu *Cancel Culture, Wokeness* und *Identitätspolitik*, die Auskunft darüber gibt, welchen Gehalt das medial vermittelte Wissen über identitätspolitische Vorkommnisse hat. Laut Daub stellen die in öffentlich-medialen und insbesondere auch in den Sozialen Medien ausgetragenen Konflikte um vermeintliche Cancel Culture und um Identitätspolitik einen Versuch dar, „durch diskursive Pirouetten die Erregungsmechanismen vor allem links und unter jungen Menschen zu verorten“ (ebd., S. 16). Dabei entbehrten die Erzählungen über identitätspolitisch begründete Cancel Culture einer empirischen Grundlage. Vielmehr, so zeigt Daub, seien die vermeintlichen Belege „tendenziös gestrickte, häufig nur auf einer einzigen Gewährsperson basierende Fabeln, die im amerikanischen Fall oft genug von eindeutig politisch motivierten Akteur*innen lanciert werden“ (ebd., S. 41). Wer kennt sie nicht – die Geschichten von radikaler identitätspolitischer Cancel Culture an US-amerikanischen Universitäten und von Konzertabbrüchen, weil *weiße* Musiker*innen Dreadlocks tragen? Diese Fälle gewinnen in unzähligen Presseartikeln und Büchern allein durch die schiere Masse dieser Presseartikel und Bücher an Glaubwürdigkeit. Und es gibt diese Fälle – allerdings gibt es sie nicht in dieser skandalträchtigen Häufigkeit; sie sind keineswegs typisch für linken politischen Aktivismus, wie Daub zeigt (ebd., S. 248).

3.3.2 Liberal-bürgerliche Kritik

Aus einer liberal-bürgerlichen Perspektive werden bürgerliche Werte (wie individuelle Freiheit, nationaler Zusammenhalt, Tradition und konservative Tugenden) gegen Identitätspolitik in Stellung gebracht. Demnach würde Identitätspolitik die Gesellschaft spalten, weil sie Partikularinteressen durchsetzen wolle und nicht universalistisch sei. Insbesondere die Betonung der kollektiven Identität wird von Vertreter*innen individualistischer Gesellschaftskonzepte kritisiert (Lembke 2021, S. 124f.). Wenn für die Rechte von Minderheiten, für offene Grenzen und eine offene Migrationspolitik Position bezogen wird, wird das „als Angriff abgehobener, globalisierter Eliten auf die Identität der Mehrheitsgesellschaft denunziert“ (Rieger 2017, S. 130).

Die liberal-bürgerliche Kritik ist wenig schlüssig und wird meist von Personen vorgetragen, die sich in privilegierten Positionen befinden (Lembke 2021, S. 116). Aus diesen Positionen wird übersehen, dass der gepriesene Universalismus selbst ein Partikularismus ist – getragen von Macht- und Unterdrückungsstrukturen. Im Gegensatz dazu ist eine emanzipatorische Identitätspolitik wirklich universalistisch, weil sie auf die Überwindung von ungleichen Teilhaberechten abzielt. Identitätspolitik fordert gleiche Rechte für *wirklich* alle ein – nicht nur für männliche, *weiße*, heterosexuelle Staatsbürger ohne Migrationshintergrund und ohne Beeinträchtigung (Susemichel und Kastner 2021a, S. 24f.).

3.3.3 Rechte Kritik

Rechte Akteure agitieren gegen linke emanzipatorische Identitätspolitik, da sie die Hegemonie insbesondere weißer und männlicher Dominanz verteidigen wollen (Lembke 2021, S. 116). Jedwede Form der Gleichberechtigung von Migrant*innen und queeren Personen, aber auch von Menschen mit Beeinträchtigungen und solchen, die von Armut betroffenen sind, lehnen rechte Akteure mit Verweis auf eine vermeintlich natürliche Ordnung ab, die es „früher“ einmal gegeben habe (Foroutan 2021, S. 116). Dabei argumentieren rechte Akteure selbst stark identitätszentriert und darüber hinaus radikal-essenzialistisch. Identitätsdifferenzen sind im Sinne rechter Weltdeutungen natur- und ggf. auch gottgegeben. Im Gegensatz zu linken Identitätspolitiken, die die Inklusion und Teilhabe benachteiligter Gruppen fordern, zielt rechte identitäre Politik⁶ auf die Exklusion vermeintlich normabweichender Gruppen ab (Sussemichel und Kastner 2021a, S. 17; Rieger 2017, S. 130). Rechte Kritik betrachtet kollektive Identitäten gegenüber individuellen Rechten als vorrangig. Darin lässt sich rechte Kritik deutlich von linker und liberaler Kritik an Identitätspolitik abgrenzen (Scherr 2021, S. 356).

4 Identitätspolitik in der postmigrantischen Praxis Sozialer Arbeit

Es sollte nun deutlich geworden sein, dass die originäre, postkolonial-feministisch informierte und sich als anti-essenzialistisch, emanzipatorisch, reflexiv und konstruktivistisch verstehende Identitätspolitik als Instrument sozialer Bewegungen im Kampf um Gleichberechtigung diskutiert werden kann. In diesem Kapitel wird nun auf der Grundlage dieses Verständnisses von Identitätspolitik die Brücke geschlagen von identitätspolitischen Kämpfen hin zu ihrer Bedeutung für die Soziale Arbeit in der Postmigrationsgesellschaft.

Im Jahr 2005 wurde der Zusammenschluss *Jugendliche ohne Grenzen* gegründet. Es handelt sich dabei um eine Bewegung, die von jungen Geflüchteten initiiert wurde und für mehr Teilhaberechte von (jungen) Geflüchteten mit unterschiedlichen Aktionsformen wie Proteste, Workshops, Konferenzen und Öffentlichkeitsarbeit streitet. Grundlage des Widerstands sind die Erfahrungen der Beteiligten mit „Rassismus, Erniedrigung und Entrechtung“ (Kanalán 2015, S. 3; vgl. auch Schubert und Schwiertz 2021, S. 583; Auernheimer 2020, S. 45). *Jugendliche ohne Grenzen* haben auf individueller Ebene viel erreicht – beispielsweise die Verhinderung von Abschiebungen. Sie sind zudem öffentlich immer wieder sicht- und hörbar gewesen (Kanalán 2015). Die Gründung des Zusammenschlusses hatte einen Vorlauf von vier Jahren. Am Anfang stand ein Gespräch mit einem Sozialarbeiter:

„Vor dem Hintergrund einer repressiven, entrechtenden Politik und Rechtslage haben sich damals drei junge Menschen in einer Berliner Beratungsstelle im

⁶ Es sollte vermieden werden, rechte identitäre Politik „Identitätspolitik“ zu nennen, da ansonsten der Begriff „Identitätspolitik“ konzeptuell entleert wird und damit sein emanzipatorischer Charakter verloren geht.

Stadtteil Moabit (Bezirk Mitte) zusammengefunden, weil sie nicht studieren durften. Mit einer Aufenthaltsgestattung, einer Duldung oder einem irregulären Aufenthaltsstatus war ein Studium rechtlich unmöglich. Hätte der Sozialarbeiter der Moabiter Beratungsstelle – selbst einst nach Deutschland geflüchtet – wie die meisten anderen Beratungsstellen nur eine rechtliche Beratung vorgenommen, hätten wir alle drei danach nach Hause gehen und uns unserem Schicksal ergeben müssen. Aber der Sozialarbeiter motivierte uns, sich politisch für die eigenen Rechte einzusetzen und diese zu erstreiten.“ (Ebd., S. 3)

Soziale Arbeit und soziale Bewegungen – das zeigt dieses Beispiel eindrücklich – stehen in einem engen Zusammenhang.

Soziale Bewegungen sind keine durchstrukturierten Organisationen, sondern meist vielstimmig zusammengesetzte politische Akteure, deren Kennzeichen „[d]as Unfertige, der Suchcharakter“ (Raschke, zit. nach Auernheimer 2020, S. 85; vgl. auch Wagner 2009, S. 10) ist. Insofern sind soziale Bewegungen selbst immer in Weiterentwicklung begriffen. Sie arbeiten an einer Gegenöffentlichkeit, sie bringen neue Perspektiven ein, sie fordern Veränderung und versuchen durch unterschiedliche Aktionsformen auf diese Perspektiven aufmerksam zu machen (Auernheimer 2020, S. 86–88). Soziale Bewegungen sind nichtinstitutionalisierte Zusammenschlüsse von Menschen, die ein gemeinsames Anliegen verfolgen und durch gemeinsame Aktivitäten, Überzeugungen und Erfahrungen sowie durch kollektive Symbole (u. a. Sprache, Verhaltensweisen und Zeichen) eine kollektive Identität entwickeln. Gesellschaftliche Veränderungen sollen herbeigeführt oder verhindert werden. Sie versuchen durch öffentlichen Protest Sichtbarkeit herzustellen und noch mehr Menschen zu mobilisieren und auf die öffentliche Meinung einzuwirken (Roth 2018, S. 1458; Wagner 2009, S. 10).

Als erste moderne soziale Bewegung kann die Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert bezeichnet werden. Bereits diese war eng mit sozialen Berufen und Sozialpolitik verknüpft. Die gemeinsamen Anliegen waren die Schaffung fairer und sozial gerechter Arbeitsbedingungen bis hin zur Überwindung des Kapitalismus (Roth 2018, S. 1462). Im 20. Jahrhundert waren es wiederum enge Bündnisse aus sozialen Bewegungen und sozialen Berufen, die die unwürdigen Lebensbedingungen etwa in Heimen und Gefängnissen kritisierten und Alternativen erprobten. Soziale Bewegungen, wie die Schwarze Bürgerrechtsbewegung, die Frauenbewegung, die Lesben- und Schwulenbewegung und die Behindertenrechtsbewegung haben zahlreiche gesellschaftspolitische Transformationsprozesse angestoßen und mehr Teilhaberechte erkämpft (Auernheimer 2020, S. 40). Laut Roth gibt es keinen sozialen Bereich, der nicht im Kontext sozialer Bewegungen infrage gestellt worden wäre (ebd., S. 1464). Insofern dienen soziale Bewegungen immer auch als Korrektiv Sozialer Arbeit und prägen maßgeblich die Professionalisierung sozialer Berufe bis heute. Silvia Staub-Bernasconi erklärt, „dass ‚professionelle Soziale Arbeit aus *sozialen Bewegungen* mit selbstdefinierten Bedürfnissen, Zielen und Forderungen, Anrechten und Aufträgen, nämlich der Frauen-, Friedens- und sozialreformerischen Settlementbewegung, und nicht etwa aus staatlichen, juristischen Vorgaben oder verwaltungstechnischen Dekreten und Mandaten hervorgegangen ist“ (Hervorh. i. Orig)“ (Wagner 2009, S. 13).

Dieser kurze historische Abriss verweist auf die vielen Bezüge zwischen sozialen Bewegungen und Sozialer Arbeit. Rieger (2017, S. 129) erklärt, dass Soziale Arbeit „[z]weifellos [...] beauftragt [ist], Diskriminierung und Stigmatisierung entgegenzuwirken, Integrationschancen zu erhöhen und Exklusionsrisiken zu reduzieren“. Daher müsse sich Soziale Arbeit als Verbündete von identitätspolitisch agierenden sozialen Bewegungen begreifen (ebd.). Als Verbündete sozialer Bewegungen aber auch als grundsätzlich in gesellschaftliche Aushandlungsprozesse involvierte Profession macht es für Soziale Arbeit Sinn, ein differenziertes Verständnis von und Verhältnis zu Identitätspolitik zu haben bzw. zu entwickeln (Rieger 2017, S. 131).

Natürlich stellt sich dabei sogleich die Frage nach der Anwendbarkeit. Zwar gibt es noch keine explizit identitätspolitischen Methoden für die Soziale Arbeit, jedoch kann hier aus dem Repertoire diversitätsorientierter Methoden geschöpft werden, die vielfach Fragen nach Differenzen und Gemeinsamkeiten, nach Identität und Zugehörigkeit reflektieren. Dazu einige kursorische Ideen: Auf einer Mikro- und Mesoebene wäre beispielsweise denkbar, dass ein fundierter Begriff von Identitätspolitik dazu beitragen kann, identitätspolitische Anliegen von Jugendlichen zu unterstützen bzw. kritisch zu begleiten. Jugendliche und junge Erwachsene sind in besonderer Weise in Identitätsbildungsprozesse involviert (Auernheimer 2020, S. 29f.). Die Adoleszenz zeichnet sich durch das Suchen und Erlangen von positiven Identifikationsmomenten aus, die dem:der Einzelnen Anerkennung und damit Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl zuteilwerden lassen. Identität wird insbesondere in dieser Altersphase jedoch auch herausgefordert, beschädigt und gedemütigt. Die Dominanzgesellschaft ordnet, reguliert und verweist auf vorgegebene soziale Positionen. Neben dem oben genannten Beispiel eines Sozialarbeiters, der das politische Engagement von jungen Geflüchteten mit unsicheren Aufenthaltsstatus förderte, wäre beispielsweise die Ermöglichung von Räumen denkbar. Identitätspolitische Bündnisse benötigen sichere Räume, in denen sie sich diskriminierungsfrei organisieren und artikulieren können. Solche „Safer Spaces“ können Orte des Empowerments sein, in denen „freundschaftliche und fürsorgliche Beziehungen“ (Schubert und Schwiertz 2021, S. 584) entstehen. Ebenso können Sozialarbeiter*innen auf die Problematik essentialistischer Identitätspolitik hinweisen, also Adressat*innen darüber aufklären, was Emanzipation bedeutet und warum Identitätspolitik über die eigenen identitätspolitischen Grenzen hinaus solidarisch mit anderen emanzipatorischen Bewegungen sein sollte (Sussemichel und Kastner 2021b). Dazu gehört auch das Problematisieren von identitären Haltungen, die beispielsweise sexistisch, antisemitisch oder rechts sein können und dann das emanzipatorische Anliegen konterkarieren (Auernheimer 2020, S. 70; Rieger 2017, S. 131).

5 Fazit

Identitätspolitik ist ein Kernbestandteil von sozialen Bewegungen. Soziale Bewegungen wollen gesellschaftliche Verhältnisse verändern und müssen ihre Anliegen daher zwangsläufig in die Arenen öffentlicher Aushandlungsprozesse tragen (Auernheimer 2020, S. 86–88). Dort aber, wo Kritik an Ungleichheitsverhältnissen geäußert wird, wo also auch Privilegien infrage gestellt werden, treten wiederum andere auf

den Plan und versuchen, ihre Privilegien zu verteidigen. Konflikte liegen daher in der Natur der Sache.⁷

Für den Diskurs um Identitätspolitik ist es ergiebig, das ursprüngliche Konzept von Identitätspolitik zu berücksichtigen, das Ende der 1970er-Jahre von *The Combahee River Collective* – einer Gruppe Schwarzer, lesbischer Frauen – entwickelt wurde. Sie problematisierten, dass ihre Benachteiligungserfahrungen selbst von linker Politik nicht wahrgenommen wurde, da diese sich vor allem auf die Belange der *weißen* männlichen Fabrikarbeiter fokussiert hätten (Sussemichel und Kastner 2021a, S. 7). Insofern sahen sie den Bezug auf ihre eigene Identität als Möglichkeit, emanzipatorische Kämpfe für Gleichberechtigung zu führen. Die Bezugnahme auf die eigene Identität muss dabei aber zwangsläufig ambivalent sein, da sich auch die diskriminierende Dominanzgesellschaft auf Identitäts- bzw. Differenzmerkmale bezieht. Migrantisierte und rassifizierte Menschen werden aufgrund einer kollektiven identitären Zuschreibung benachteiligt und nichtmigrantisierte bzw. nichtrassifizierte Menschen privilegiert. Ziel von Identitätspolitik ist also einerseits die Affirmation einer kollektiven Identität (*Normalisierung*) zum Zwecke der Selbstermächtigung (*Empowerment*) und gleichzeitig die Überwindung von herrschaftsausübenden Identitätsmarkern (*Dekonstruktion*). Anhand dieser drei kursiv geschriebenen Begriffen zeigt Mai-Anh Boger mit ihrer Theorie der trilemmatischen Inklusion (2019), dass sich der Versuch sozialer Bewegungen, gegen Diskriminierung vorzugehen, in Widersprüchen verstrickt (S. 167 f.). Identitätspolitik ist ein kompliziertes Unterfangen. Wenn Identitäten essenzialisiert werden, führen sie das emanzipatorische Anliegen der Überwindung der Ungleichheit begründenden Differenzmerkmale ad absurdum (Schneider 2024, S. 54). Daher muss sich Identitätspolitik stets aufs Neue seinem anti-essenzialistischen, reflexiven, emanzipatorischen bzw. konstruktivistischen Verständnis vergewissern. Diese vier Attribute können synonym gebraucht werden, um zu zeigen, dass identitätspolitisch konstruierte Identitäten nicht fixiert, sondern veränderlich, nicht reduzierend, sondern ergänzend und nicht exklusiv, sondern inklusiv verstanden werden müssen (Schubert und Schwiertz 2021, S. 580). Doch das Zusammenführen emanzipatorischer Kämpfe ist leider mit Zumutungen verbunden, weil Menschen aus ihrem geschützten Raum heraustreten und wahrscheinlich in der Begegnung mit Anderen Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit, Klassismus usw. erleben. Aber gerade das zeigt wiederum, wie wichtig *alle* emanzipatorischen Kämpfe sind, um gruppenübergreifend ein Bewusstsein für die vielen Ungleichheitsverhältnisse herzustellen.

Soziale Arbeit kann sich diesen Auseinandersetzungen um Identitätspolitik kaum entziehen. Als Akteurin, die mit marginalisierten Gruppen zu tun hat und Empowerment und soziale Gerechtigkeit fördern soll, wird sie zwangsläufig involviert. Insofern sollte Soziale Arbeit einen differenzierten und reflektierten Umgang mit identitätspolitischen Anliegen finden.

⁷ Dazu sei eine programmatische Fußnote erlaubt: Es ist außerordentlich tragisch, unverständlich, ja unverzeihlich, dass auch so viele sich als progressiv verstehende Menschen die mühsame, beharrliche, oft stille und gegen erhebliche Widerstände ankämpfende Arbeit so vieler Gruppen, die sich für eine gerechtere Gesellschaft einsetzen und in den letzten Jahrzehnten trotz aller Widersprüche so viel zum Gelingen eines gesellschaftspolitischen Wandels hin zu mehr Offenheit, Akzeptanz und Gleichberechtigung beigetragen haben, mit gnadenloser Polemik verspotten und verurteilen (Sussemichel 2021, S. 143 f.).

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

- Alexopoulou, M. (2020). *Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen*. Stuttgart: Reclam.
- Appiah, K. A. (2006). The politics of identity. *Daedalus*, 4, 15–22.
- Appiah, K. A. (2021). *Identitäten. Die Fiktionen der Zugehörigkeit*. München: Hanser Berlin.
- Auernheimer, G. (2020). *Identität und Identitätspolitik*. Köln: PapyRossa.
- Boger, M.-A. (2017). Notizen zur Phänomenologie und Psychodynamik intersektionaler Identitätspolitik. *Psychologie & Gesellschaftskritik*, 41(2), 67–91.
- Boger, M.-A. (2019). *Politiken der Inklusion. Die Theorie der trilemmatischen Inklusion zum Mitdiskutieren*. Münster: edition assemblage.
- Castro Varela, M. M. (2010). Un-Sinn: Postkoloniale Theorie und Diversity. In F. Kessl & M. Plöber (Hrsg.), *Differenzierung, Normalisierung, Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen* (S. 249–262). Wiesbaden: VS.
- The Combahee River Collective (1979). A Black Feminist Statement. In Z. R. Eisenstein (Hrsg.), *Capitalist patriarchy and the case for socialist feminism* (S. 362–372). New York London: Monthly Review Press.
- Daub, A. (2023). *Cancel Culture Transfer. Wie eine moralische Panik die Welt erfasst*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- El-Mafaalani, A. (2021). *Wozu Rassismus? Von der Erfindung der Menschenrassen bis zum rassistischen Widerstand*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Florvil, T. N. (2023). *Black Germany. Schwarz, deutsch, feministisch – die Geschichte einer Bewegung*. Berlin: Ch.Links.
- Foroutan, N. (2021). *Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*. Bielefeld: transcript.
- Fraser, N. (2007). Feminist politics in the age of recognition: a two-dimensional approach to gender justice. *Studies in Social Justice*, 1(1), 23–35.
- Fraser, N. (2022). Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung. In N. Fraser & A. Honneth (Hrsg.), *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse* 7. Aufl. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. 2003.
- Goeke, S. (2021). 24. August 1973: ‚Wilder‘ Streik und Betriebsbesetzung bei den Ford-Werken in Köln. In M. Langenbach (Hrsg.), *Protest. Deutschland 1949–2020* (S. 206–207). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Goeke, S., & Tekin, C. (Hrsg.). (2025). *Migration, soziale Bewegungen und Selbstorganisation. Gewerkschaftliche und urbane Kämpfe von und für Migrant*innen seit den 1960er-Jahren*. Köln: Böhlau.
- Ha, K. N. (2014). Identität, Repräsentation und Community-Empowerment. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 64(3–4), 27–33.
- Hall, S. (2016a). Das Lokale und das Globale. Globalisierung und Ethnizität. In *Rassismus und kulturelle Identität* 6. Aufl. Ausgewählte Schriften 2. (S. 44–64). Hamburg: Argument. 1994.
- Hall, S. (2016b). Alte und neue Identitäten, alte und neue Ethnizitäten. In *Rassismus und kulturelle Identität* 6. Aufl. Ausgewählte Schriften 2. (S. 66–87). Hamburg: Argument.

- Kanalan, I. (2015). Jugendliche ohne Grenzen. Zehn Jahre Proteste und Kämpfe von geflüchteten Jugendlichen – Creating Utopia? *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung*, 1(2), 1–18.
- Kemper, A., & Weinbach, H. (2022). *Klassismus. Eine Einführung* (5. Aufl.). Münster: Unrast.
- Lembke, U. (2021). Die Gleichheit der Ungleichen. Diversität – Identitätspolitik – Diskriminierung. In J. Kersten, S. Rixen & B. Vogel (Hrsg.), *Ambivalenzen der Gleichheit. Zwischen Diversität, sozialer Ungleichheit und Repräsentation* (S. 115–136). Bielefeld: transcript.
- Mau, S., Lux, T., & Westheuser, L. (2023). *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft* (5. Aufl.). Berlin: Suhrkamp.
- Mecheril, P. (2003). *Prekäre Verhältnisse: Über natio-ethno-kulturelle (Mehrfach-)Zugehörigkeit*. Münster New York: Waxmann.
- Müller, D. (2010). *Flucht und Asyl in europäischen Migrationsregimen. Metamorphosen einer umkämpften Kategorie am Beispiel der EU, Deutschlands und Polens*. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.
- Rieger, G. (2017). Soziale Arbeit und die Fallgruben der Identitätspolitik. Ungleichheit und Benachteiligung verschwinden mit der Anerkennung unterschiedlicher Lebensweisen keineswegs. *Blätter der Wohlfahrtspflege*, 4, 129–131.
- Roth, R. (2018). Soziale Bewegungen. In H.-U. Otto, H. Thiersch, R. Treptow & H. Ziegler (Hrsg.), *Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik* (6. Aufl. S. 1458–1466). München: Ernst Reinhardt.
- Scherr, A. (2021). Rassismuskritik als Identitätspolitik? Anfragen an ein allzu einfaches Weltbild und seine Kritik. *Sozial Extra*, 5, 354–360.
- Schneider, C. (2024). „Identitätspolitik“ oder „Klassenkampf“? Über Deutungskonkurrenzen sozialer Ungleichheit. In K.E. Sauer, S. Klus & R. Gugel (Hrsg.), *Studienbuch Gender und Diversity für die Soziale Arbeit* (S. 35–58). Wiesbaden: Springer VS.
- Schubert, K., & Schwiertz, H. (2021). Konstruktivistische Identitätspolitik. Warum Demokratie partikulare Positionierung erfordert. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31, 565–593.
- Susemichel, L. (2021). Identitätspolitik & Emanzipation. In J. Kersten, S. Rixen & B. Vogel (Hrsg.), *Ambivalenzen der Gleichheit. Zwischen Diversität, sozialer Ungleichheit und Repräsentation* (S. 143–162). Bielefeld: transcript.
- Susemichel, L., & Kastner, J. (2021a). *Identitätspolitik* (3. Aufl.). Münster: Unrast.
- Susemichel, L., & Kastner, J. (2021b). Unbedingte Solidarität. In Diess (Hrsg.), *Unbedingte Solidarität* (S. 13–48). Münster: Unrast.
- Wagner, L. (2009). Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen – Einleitung. In Diess (Hrsg.), *Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen* (S. 9–19). Wiesbaden: VS.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.